Bundesrat Drucksache **62/2/99**
10.06.99

Antrag
des Landes Niedersachsen

Entwurf eines Gesetzes zur Steuerbefreiung von Prämienzahlungen im Zusammenhang mit einer freiwilligen Arbeitszeitreduzierung zwecks Förderung der Beschäftigung (Prämiengesetz - PräG)
- Antrag des Landes Niedersachsen -

Punkt 4 der 739. Sitzung des Bundesrates am 11. Juni 1999

Falls in der Plenarsitzung des Bundesrates am 11. Juni 1999 entsprechend Ziffer 3 der Ausschußempfehlungen in Drs. 62/1/99 nicht die Einbringung des Gesetzentwurfs beschlossen wird, möge der Bundesrat folgende Entschließung fassen:

Die Bundesregierung wird um Prüfung gebeten, in welcher Form eine steuerliche Förderung von Modellen der Arbeitszeitreduzierung einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten kann.
Dabei sollten insbesondere die zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbarten Modelle Eingang in die Prüfung finden, die eine Arbeitszeitreduzierung zwingend mit der Einstellung von Arbeitslosen verknüpfen, wie sie z. B. in der Niedersächsischen Metallindustrie vereinbart wurden.

Die Bundesregierung wird zudem gebeten, das Thema in die Beratungen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit einzubringen und die Tarifvertragsparteien aktiv an der Erarbeitung einer Lösungsstrategie zu beteiligen.

Ausgeliefert am 10. JUNI 1999

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax 0228/3820844
ISSN 0720-2946